

Neues Heizungsgesetz: So profitieren Hausbesitzer in unserer Region

Ab 27. August 2024 können alle Eigentümer staatliche Förderungen für den Austausch alter Heizungen beantragen. Das Heizungsgesetz zielt auf klimafreundliche Lösungen ab.

In einem bedeutenden Schritt zur Förderung erneuerbarer Energien können ab dem heutigen Dienstag alle Wohnungseigentümer und Hausbesitzer staatliche Zuschüsse für den Austausch von veralteten Gas- und Ölheizungen beantragen. Diese neue Regelung kommt im Rahmen der dritten Förderrunde des umstrittenen Heizungsgesetzes, das zahlreiche Gruppen ansprechen soll.

Die zuständige Förderbank KfW gab bekannt, dass neben privaten Eigentümern von Mehrfamilienhäusern und selbstbewohnten Einfamilienhäusern jetzt auch Vermieter von Einfamilienhäusern, Unternehmen und Kommunen berechtigt sind, Anträge zu stellen. Die Förderung ist ein zentraler Bestandteil der Bemühungen der Bundesregierung, den Umstieg auf klimafreundlichere Heizsysteme voranzutreiben und die energetische Sanierung voranzutreiben.

Umfang der Förderung

Die potenziellen Zuschüsse sind erheblich und reichen von mindestens 30 Prozent bis zu 70 Prozent, abhängig von verschiedenen Faktoren. Eigentümer, die ihre Immobilie selbst bewohnen und ein zu versteuerndes Haushaltsjahreseinkommen von bis zu 40.000 Euro haben, können einen zusätzlichen

Einkommens-Bonus von 30 Prozent erhalten. Zudem gibt es Anreize für einen schnelleren Austausch alter Heizungen sowie zusätzliche Boni für den Einsatz effizienter Wärmepumpen, die umweltfreundliche Wärmequellen wie Wasser, Erdreich oder Abwasser nutzen.

Die Notwendigkeit, die Heizsysteme zu modernisieren, wird umso relevanter, wenn man bedenkt, dass ab 2024 jede neu installierte Heizung mindestens zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden muss. Zunächst gelten diese Regelungen jedoch nur für Neubauten, während bestehende funktionierende Heizungen weiterhin genutzt werden dürfen.

Trotz dieses großzügigen Angebots bleibt der erhoffte Anstieg bei den Anträgen auf staatliche Förderung hinter den Erwartungen zurück. Bisher wurden lediglich etwa 93.000 Zusagen erteilt, was weit weniger ist als die von der Bundesregierung angestrebten 500.000 Installationen pro Jahr ab 2024. Verantwortliche des Bundeswirtschaftsministeriums äußerten, dass der Anstieg in den Förderanträgen aufgrund der neuen Gruppen, die jetzt antragsberechtigt sind, jedoch erwartet wird.

Marktentwicklung und Herausforderungen

Eine besorgniserregende Entwicklung zeigt sich in den aktuellen Verkaufszahlen von Wärmepumpen. Im ersten Halbjahr wurden nur 90.000 Geräte verkauft, was einem Rückgang von 54 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Diese Entwicklung könnte durch verschiedene Faktoren beeinflusst sein, darunter die gestiegenen Zinsen und die vorangegangenen Marktanpassungen.

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) ist jedoch vorsichtig optimistisch. Er glaubt, dass die Erweiterung der Fördermöglichkeiten die Antragszahlen steigern wird. Der Verband rechnet mit einem Anstieg der Fördersummen und ist zuversichtlich, dass die

zweite Jahreshälfte eine positive Wendung bringen könnte, auch wenn er den Absatz für das gesamte Jahr auf maximal 200.000 Wärmepumpen schätzt.

Derzeit bleibt abzuwarten, ob und wie die zusätzlichen Fördermaßnahmen die angestrebten Ziele der Regierung beeinflussen werden. Der Handlungsdruck, der durch die bestehenden klimatischen Herausforderungen und die Notwendigkeit für nachhaltige Heiztechnologien entsteht, könnte eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung dieser Richtlinien spielen.

Anpassungsbedarf und Zukunftsausblick

Die Herausforderungen, mit denen die Förderprogramme konfrontiert sind, sind erheblich. Der Gesetzgeber wird weiterhin gefordert sein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Übergang zu erneuerbaren Energien realistisch und wirtschaftlich tragbar ist. Die Entwicklung der Heizungs- und Klimapolitik in Deutschland zeigt, dass sowohl Innovationen als auch finanzielle Anreize notwendig sind, um die gesetzten Klimaziele zu erreichen.

Hintergrund des Heizungsgesetzes

Das Heizungsgesetz wurde im Kontext der Klimaziele der Bundesregierung entwickelt, um den Übergang von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien zu fördern. Dieser Wandel ist Teil der deutschen Klimastrategie, die darauf abzielt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Das Gesetz soll nicht nur zur Reduktion von CO₂-Emissionen beitragen, sondern auch die Abhängigkeit von gasimportierenden Ländern verringern.

Der Gebäudesektor stellt einen der größten Verursacher von Treibhausgasemissionen in Deutschland dar. Im Jahr 2021 entstammten 30 Prozent der Emissionen diesem Bereich. Daher spielt die Umstellung von Gas- und Ölheizungen auf

emissionsärmere Heiztechniken wie Wärmepumpen eine zentrale Rolle in der Energiestrategie der Bundesregierung. Dies geschieht im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzgesetzes, das strenge Vorgaben zur Emissionsreduktion enthält.

Aktuelle Statistiken zur Heizungsmodernisierung

Laut dem Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) wurden im Jahr 2022 in Deutschland insgesamt rund 340.000 Wärmepumpen installiert, was einem Anstieg von 35 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Dieses Wachstum zeigte sich insbesondere durch die steigende Nachfrage nach klimafreundlichen Heizlösungen und staatlichen Förderungen. Die Marktforschung deutet darauf hin, dass der Trend zur Installation von erneuerbaren Heizsystemen bis 2030 anhalten wird, da immer mehr Bundesländer strengere Vorschriften für Heizungen einführen.

Die Zunahme von Förderungsmaßnahmen wie dem Heizungsgesetz soll dazu beitragen, potenzielle Käufer zu motivieren, in moderne Heiztechnologien zu investieren. Eine Umfrage des Marktforschungsinstituts YouGov, die Ende 2023 durchgeführt wurde, ergab, dass 62 Prozent der Befragten bereit wären, ihre Heizsysteme zu modernisieren, wenn geeignete finanzielle Hilfen zur Verfügung stünden.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)